

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
 1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. März 2020



Corona

„Team Österreich“

Liebe Leser und Leserinnen!

Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung hat das Corona-Virus Österreich fest im Griff. Ab 15. März gilt eine österreichweite „Quarantäne“ zu Hause für alle, die nicht vor die Tür müssen für Einkauf, Arbeit in lebenswichtigen Bereichen oder wenn jemand Hilfe benötigt.

Die Bevölkerung leistet den Aufforderungen Folge, vor allem weil man ja nichts Genaueres über das Virus weiß und auch keine umfassenden Infos dazu bekommt, außer, dass es gefährlich ist.

Viele offizielle Maßnahmen und Infos sind widersprüchlich und nicht gerade vertrauensbildend. So sagte Kanzler Kurz z.B. es werde keine Ausgangssperren geben. Einen Tag später waren in Tirol ein ganzes Tal und mehrere Orte, in Kärnten Heiligenblut mit Ausgangssperren belegt. In Ischgl wurden Corona-Warnungen aus Island acht Tage lang missachtet! Wirtschaft geht vor Gesundheit! Umgekehrt wurden am Sonntag 15. März stündlich Ausgangsverbots-Regelungen für ganz Österreich verschärft.

Damit die Menschen zu Hause bleiben und ihre Kinder betreuen können, müssen sie „Sonderurlaub“ beantragen. Der wird von ihrem normalen Urlaub abgezogen und kann vor allem nur dann genommen werden, wenn die Chefs zustimmen. Was ist wichtiger? Die Gesundheit oder doch Firmeninteressen?

Solidarität mit den Streikenden in der Sozialwirtschaft!

Für Gehaltserhöhung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und 35-Stunden-Woche!

Warum die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege streiken hat seinen Grund darin, dass die Arbeit extrem belastend und die Bezahlung beschämend niedrig ist.

Mehr als 70 % der Beschäftigten sind Frauen und arbeiten zu 70% in Teilzeit. Der Grund ist, dass die Arbeit sehr stark belastend ist und gerade Frauen zudem meist die Doppelbelastung von Beruf und Haushalt auch noch zu tragen haben.

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung letzte Seite

Streik in der Pflege- mehr als berechtigt!

Rund 130.000 Menschen sind in rund 450 privaten Organisationen in der Pflege und Betreuung tätig. Knapp 71.000 davon arbeiten in Spitälern, etwas mehr als 47.000 in der stationären Langzeitpflege und rund 18.500 in der mobilen Pflege für Pflegebedürftige zu Hause. Caritas mit ca. 15.000 Beschäftigten und Diakonie haben eigene Kollektivverträge.

In der mobilen und stationären Pflege braucht es bis 2030 laut WIFO 24.000 und bis 2050 79.000 zusätzliche Pflegekräfte. Der überwiegendste Teil der Betriebe in der Sozialwirtschaft (SÖW) arbeitet gemeinnützig, derzeit noch ganz wenige gewinnorientiert. Wie z.B. der private Pflegeheimbetreiber Senecure. Dieser hat in Österreich 80 gewinnorientierte Pflegeheime und gehört zum französischen privaten Gesundheitskonzern Orpea, der weltweit 900 Pflegeheime betreibt.

Im Gesundheits- und Sozialbereich macht der Durchschnittsverdienst rund 2.300 Euro brutto im Monat aus, bei Heimhelfer*innen rund 1.900 Euro – bei Vollzeit wohl gemerkt!

Das erklärt die schwierige Situation der SÖW-Beschäftigten und den Grund für ihre berechtigten Forderungen nach Gehaltserhöhung und 35-Stunden-Woche.

Für diejenigen, die schon Teilzeit arbeiten, weil die Belastungen der Arbeit zu groß sind, würde das einer Lohnerhöhung um 8,6% gleichkommen.

Seit Jahren schon kämpfen die Beschäftigten aus den Gesundheits- und Pflegebereich um bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung und um Arbeitszeitverkürzung.

Wenn es jetzt im Zuge der KV-Verhandlungen und der Streiks seitens der SÖW-Unternehmer oft heißt, man könne nicht mehr bezahlen und bekomme kein Personal, dann sei dazu folgendes bemerkt:

Erstens bekommt man eben gerade deshalb kein Personal, weil die Arbeitsbelastung so hoch und die Bezahlung so niedrig ist. Ein Viertel der Beschäftigten im Gesundheitsbereich (A&W blog). denkt mindestens einmal im Monat darüber nach, den Job zu wechseln.

Zweitens wird beteuert, dass man nicht mehr Geld zur Verfügung habe, weil man von Förderungen von Bund und Ländern abhängig sei. Das zeigt, dass in den vergangenen Jahrzehnten die öffentliche Hand, also der Staat, sich seiner Aufgabe durch Auslagerung entledigt hat. Wären die heutigen SÖW-Beschäftigten bei Bund und Ländern beschäftigt, würden sie um 20 bis 33% mehr verdienen.

Anstatt zu jammern, könnten die SÖW-Chefs ja gemeinsam mit den Beschäftigten Druck auf die Regierung ausüben. Also einmal in echter, Sozialpartnerschaft. So käme man an das Geld, das den Menschen durch Umverteilung an die Großkonzerne (z.B. Körperschaftssteuersenkung) geraubt wird.

Wenn das nicht geschieht, und die öffentliche Hand den Sozial- und Gesundheitsbereich weiter aushungert, dann krallen sich Privatkonzerne diesen Bereich. Dann wird mit noch billigeren (Hilfs-)Kräften, noch mehr Profit gemacht. Das werden dann auch die jetzt großen SÖW-Organisationen wie Lebenshilfe, Hilfswerk, Caritas oder Diakonie zu spüren bekommen. Daher „liebe“ SÖW-Chefs, nicht bei den eigenen Angestellten drücken, sondern gemeinsam Druck machen nach oben, auf Bund, Land, Gemeinden und gegen die private Gesundheitskonzerne.

Die Kranken und Pflegebedürftigen zahlen sich die Pflege zu fast 90 Prozent selbst. Denn die Gesamtausgaben für die Pflege machen 7,9 Mrd. Euro im Jahr aus. 2,1 Mrd. stammen von Ländern und Gemeinden, 2,9 Mrd. vom Bund. Weitere 2,9 Mrd. von Privaten. Bedenkt man, dass mehr als 80 Prozent der Staatseinnahmen (Steuern) von den arbeitenden Menschen stammen, wäre es nur logisch und gerecht, dass dann auch das Geld für uns alle da ist.

Nicht vom Streik betroffen sind die rund 60.000, meist noch schlechter als die SÖW-Beschäftigten bezahlten 24-Stunden-Pfleger*innen. 2007 wurden 24-Stunden-Betreuer*innen statt angestellt zu (Schein-)Selbständigen gemacht. Für sie gilt kein Kollektivvertrag und sie sind Wirtschaftskammermitglieder.

Damals wurde von der Politik ein bis dahin ungesetzlicher Zustand legalisiert. Zur Freude von Wirtschaftskammer, gewerblicher Versicherung (SVA/SVS) und privaten Vermittlungsagenturen wurden diese Arbeitenden zu Selbständigen erklärt. Vermittelt zu den Patienten zu Hause werden diese über rund 870 Agenturen, die nicht nur an den 24-Stunden-Pfleger*innen für die Vermittlung verdienen, sondern auch bei den Pflegebedürftigen abkassieren.

*

Laut Arbeitsklimaindex (Ifes, Sora) halten Altenpfleger*innen wegen der Belastungen NICHT bis zur Pension durch. Zwei Drittel von ihnen will den Job vor der Pension aufgeben, öfter noch als Maurer*innen oder Fabrikarbeiter*innen.

Besonders zynisch und berechnend ist Bundeskanzler Kurz, der pflegende Angehörige (960.000, meist wieder Frauen) mit 1.500 Euro jährlich (!) abspesen will und das als Lösung des Pflegeproblems hinstellt.

Das ist dann doppelte Privatisierung zum Nachteil der Masse der Menschen: Einerseits Kaputtsparen des öffentlichen Gesundheitsbereichs, damit Auslieferung an private profitorientierte Großkonzerne. Andererseits Abschiebung der für die Konzerne unrentablen Pflege zu Hause auf die Angehörigen, weil Wenigverdiener*innen sich weder Pflegeheime noch private Pflege leisten können.





Zur SPÖ-Mitgliederbefragung und zum Zustand der SPÖ

Was soll man zu all dem sagen? Die Fragen an die Mitglieder sind wirklich kein Geistesblitz. Verständlich ist der Versuch des Befreiungsschlags der SPÖ-Vorsitzenden. Nachhaltig nutzen wird er nicht. Die Ursachen liegen viel tiefer. Die SPÖ hat ihre Seele verloren und die war schon lange beschädigt.

Die im Vorfeld ihrer Gründung und zu Beginn ihrer Vereinigung stolze, große und kämpferische österreichische Sozialdemokratie (SD) als Vertreterin der Arbeiterklasse wurde von der Kapitalistenklasse immer abgelehnt, bekämpft, verfolgt und unzählige ihre Kämpfer*innen wurden eingesperrt und umgebracht. Trotzdem hatte die SD – bis heute – immer ein zwiespältiges Verhältnis zu den Herrschenden, zur Kapitalistenklasse. Die SD ging programmatisch davon aus, dass man mit der parlamentarischen Mehrheit (51%, Otto Bauer) den Kapitalismus beseitigen könne oder dieser durch entsprechende „Wirtschafts- und Sozialstaatsdemokratie“ in den Sozialismus hinüberwachsen würde. Die Wirklichkeit ist anders.

Austromarxismus und Kapital

Zu Beginn des 1. Weltkrieges 1914 etwa lobte die „Arbeiter-Zeitung“ die Zustimmung der deutschen SD zu den Kriegskrediten des deutschen Kaiserreichs. Durch die Russische Revolution 1917 und das dadurch erwirkte Ende des 1. Weltkrieges 1918 samt dem Zusammenbruch der Monarchie, der Ausrufung von Räterepubliken in Europa und den Arbeiterprotesten und der Ausrufung der 1. Republik – die Aufschrift „Für die sozialistische Republik“ auf dem Transparent in der Menschenmasse vor dem Parlament wird bis heute in den meisten Publikationen wegretuschiert – kam die Sozialdemokratie erstmals an die parlamentarische Macht. Die damals eingeführten Sozialgesetze (AK, Sozialversicherung, Betriebsräte ...), wirken bis heute und sind Ausdruck dieses Kampfes der Arbeiter*innenbewegung.

Indem auch die österreichische SD den Bolschewismus und die russische Revolution (Diktatur des Proletariats) ablehnte und sich davon absetzte, war sie für die momentan schwache Kapitalistenklasse und

Reaktionäre (Monarchisten, Großdeutsche usw.) zwar ganz und gar nicht erwünscht, aber als kleineres Übel berechenbar. Otto Bauer betonte in der revolutionären Zeit immer wieder, dass es nur der SD zu verdanken gewesen sei, dass die „aufgebrachten Arbeitermassen“ die Regierung nicht hinweggefegt haben.

Wiederauferstanden

Relativ bald hatte sich die Reaktion erholt und sprach fortan vom „Wegräumen des revolutionären Schutts“, meinte die sozialen Zugeständnisse, die die Kapitalisten den Arbeiter*innen machen mussten. Ab 1922 regierten der „christlich-soziale“ (CS) Kanzler mit Großdeutschen oder Landbund. Die Reaktion rüstete Bürgerwehren (Heimwehr) auf. Als Antwort darauf gründete die SD den Republikanischen Schutzbund. 1927 kam es zu Arbeitermorden in Schattendorf im Burgenland. Als die Mörder vom Gericht freigesprochen wurden, kam es zu Arbeiter*innen-Massenprotesten in Wien gegen das Urteil und die Beschwichtigung der SD-Führer und zum Justizpalastbrand. Die Wirtschaftskrise (1929) spitze die Lage zu. 1933 schaltete der CS-Kanzler Dollfuß das Parlament aus und errichtete mit seiner „Vaterländischen Front“ (VF) die austro-klerikal-faschistische Diktatur, in der Sozialisten, Kommunisten Gewerkschafter und Nationalsozialisten, verboten wurden.

Im Februar 1934 ließ Dollfuß das Militär auf die protestierenden und nur ganz schlecht bewaffneten Arbeiter in Oberösterreich, Wien, Steiermark schießen, sie einsperren und standrechtlich umbringen. Im Juli 1934 wurde Dollfuß von Nazi-faschisten ermordet. Der „christlich-soziale“ Schuschnigg von der VF folgte. Die Diktatur blieb aufrecht und im März 1938 lieferte Schuschnigg Österreich ans Deutsche Reich,

an die faschistische Nazi-Hitler-Diktatur aus („Anschluss“), weil er „kein deutsches Bruderblut vergießen wollte“. Als Mitschöpfer der austro-faschistischen Diktatur 1933 hatte er 1934 als Justizminister aber kein Problem „Arbeiterblut“ zu vergießen. Seine Angst vor der Arbeiterschaft und sein Hass auf die Arbeiter, Roten und Gewerkschafter war größer als die Angst vor der Auslöschung Österreichs.

Bund ohne Schutz

Obwohl die SD-Führung mit der Gründung des Schutzbundes den Arbeiter*innen versprach, wenn die Reaktion zuschlägt, zum bewaffneten Widerstand aufzurufen, blieb sowohl 1927, als auch 1933 und 1934 die Unterstützung der Parteispitze aus und wurden die kämpfenden Arbeiter*innen alleine gelassen. Die Parteispitze hoffte bis zuletzt, dass die Dollfuß-Regierung nicht zum Äußersten greifen würde – doch sie tat es. Der Sozialdemokrat Karl Renner (sowohl am Anfang der 1. wie der 2. Republik Staatskanzler) begrüßte 1938 gar den Anschluss Österreichs an Hitlerdeutschland.

Kreisky meint in seinen Memoiren (Zwischen den Zeiten, 1986, S.195 f), dass man die Demokratie, die 1.Republik hätte retten können, hätte man das Angebot Seipls zu einer Koalition am Höhepunkt der Wirtschaftskrise angenommen. Ob das so gewesen wäre, sei dahingestellt. Fakt ist, dass heutige Nachfolger von damals, die ÖVP/Türkisen, wenn es geht lieber mit der FPÖ koalieren wollen als mit der SPÖ obwohl die SPÖ-Führung ja eh um fast jeden Preis dazu bereit wäre.

Neuanfang nach 1945 – für wen?

Nach dem 2. Weltkrieg, Ende der 1940er Jahre, bekämpfte und drängte die SPÖ-Führung die meisten der wenigen noch übrig gebliebenen Repräsentanten der Linken und

Revolutionären Sozialisten, die den aktiven Widerstand gegen den Austro- und Nazifaschismus überlebt hatten, aus der Partei. Und der zu 90% aus SPÖ-Mitgliedern bestehende ÖGB wurde mit Hilfe der SPÖ-Führung im ÖGB nach dem Muster der USA-Gewerkschaften eingerichtet (siehe: *Der Kalte Krieg in der SPÖ von Fritz Weber, Wien 1986*).

Nach diesem ersten „Rechtsruck“ in der SPÖ hat sich dann die SPÖ-Spitze in den 1950er und 1960er Jahren mit den politischen und geistigen Nachkommen der Hitler- und Austrofaschisten, der FPÖ (VdU) und der ÖVP arrangiert, um zur Regierungsbeteiligung zu kommen. Zuerst jahrelang mit der ÖVP, dann mit Hilfe der FPÖ (1970-1971 Kreiskys SPÖ-Minderheitsregierung mit etlichen SP-Ministern mit Nazi-Vergangenheit, geduldet von der FPÖ) und dann die SPÖ-FPÖ-Regierung Sinowatz-Steger von 1983-1986.

Für die „Große Koalition“ zwischen ÖVP und SPÖ wurde der einseitige Bürgerkrieg der Austrofaschisten gegen Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter von 1934 als „geteilte Schuld“ verfälscht und fortan so in die Schul-Geschichtsbücher geschrieben. Der Kampf der Arbeiter 1934 gegen die austrofaschistische Diktatur und ihre Opfer wurde ein zweites Mal verraten. Die ÖVP konnte sich so mit Hilfe der SPÖ-Führung als „demokratisch geworden“ hinstellen. Die geistigen Nachkommen der Nazi-Faschisten wiederum, die FPÖ, wurde – wie etwa FP-Steger unter Sinowatz – als „Liberale“ hingestellt und somit hoffähig gemacht.

Die Täter und ihre geistigen Nachfolger hingegen waren die wirklichen Nutznießer der „Versöhnung“. Sie überlebten und plusterten sich auf, machten sich wieder breit, nahmen über die Jahrzehnte alles wieder Stück um Stück in Besitz:

Politisch, z.B. Julius Raab: Heimwehler, nach 1945 ÖVP-Obmann, Präsident der Wirtschaftskammer, ÖVP-Bundeskanzler.

Wirtschaftlich, z.B. durch die unendliche und noch nicht vollendete Geschichte des Ausverkaufs und der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie und von Staatsbetrieben –

bis in unsere Tage (Telekom, OMV, Casinos, ÖBAG, Wasser, usw.).

Heute sehen wir das in den arbeiter-, demokratie- und menschenfeindlichen sowie autoritären Aussagen und Taten etwa von Hoteliers, Unternehmern, Bankern, Industriellen, Wirtschaftskammerern, von Kurz, Hofer, Kick usw. Etwa zu Kollektivvertrag, Gehalts- und Arbeitszeitforderungen, Streiks, zu Krisen und Kriegen oder Flüchtlingen.

Fatale Stellvertreterpolitik

Durch das ständige Nachgeben der SPÖ- und ÖGB-Spitzen, um so lange wie möglich und um jeden Preis in einer Regierung zu sein, wurden die SPÖ-Grundsätze Stück um Stück über Bord geworfen, Klassenkampf als altmodisch hingestellt. Statt „Sozialismus“ hat man Konsumismus propagiert und so die Arbeiter*innenschaft entpolitisiert und so direkt den Unternehmern politisch und wirtschaftlich ausgeliefert.

„Wohlstand“ orientiert sich nicht an einem guten Leben für alle, sondern ist entweder „Geiz ist geil“ oder ein unsicheres Almosen-Nebenprodukt der Profiterwartungen und -interessen der Unternehmer.

Die Basis, die SPÖ- und ÖGB-Mitglieder, die arbeitenden Menschen werden schon lange nicht mehr auf allen Ebenen einbezogen. Sie werden nicht politisch ständig aufgeklärt, geschult und so gefestigt. Nur so könnte, von unten aktiv kämpfend soziale Gerechtigkeit hergestellt und sozialer Fortschritt nachhaltig aufgebaut und abgesichert werden. Das war der Sinn und Zweck der Arbeiterbildungsvereine. Stattdessen wurde und wird bestenfalls Stellvertreterpolitik gemacht.

Doch je mehr Stellvertreterpolitik die SPÖ- und ÖGB-Oberen mach(t)en, desto mehr waren sie erst recht auf Regierungsteilnahme angewiesen.

Damit einhergehend bekamen sie von sich selbst den Eindruck, immer wichtiger und unabhkömmlicher zu sein, und umso mehr entfernen sie sich von der Basis, umso mehr zogen und ziehen sich Mitglieder und Wähler zurück.

Knebel Sozialpartnerschaft

Letztlich ist auch Kreisky an den Kapitalisten und ihrem politischen

Arm (ÖVP, FPÖ) gescheitert. Warum? Weil SPÖ, ÖGB, AK trotz oder wegen der SPÖ-Alleinregierung Kapitalisten nicht weiter zurückgedrängt, bekämpft, sondern sogar gefördert haben und ihnen wichtige Posten in Staat und Wirtschaft gaben. So sagten Kreisky z.B. nach dem Wahlsieg 1975, obwohl er die Mehrheit hatte: „Ich werde von der Mehrheit nicht Gebrauch machen. Tatsächlich sind mehr als 90% der Gesetze gemeinsam beschlossen worden – welcher Kapitalist(envertreter) stimmt zu, wenn es ihm nicht etwas bringt?

In der Hochkonjunktur fiel das nicht so auf, funktionierte die „Formel“ des damaligen ÖGB-Präsidenten Benya: Abgeltung der Inflation plus ein bisschen etwas drauf. Das freute auch die Wirtschaft, das „Sozialpartnerschafts“-Gegenüber Rudolf Sallinger (damaliger Wirtschaftskammerpräsident). Denn vom Produktivitätszuwachs (Wertschöpfung) bekamen die arbeitenden Menschen nichts.

Als der erste größere wirtschaftliche Abschwung kam, kündigten die Kapitalisten die Zusammenarbeit auf. Kreisky machte das erste (Mallorca-) „Sparpaket“ – und verlor daraufhin bei der Wahl 1983 die Mehrheit.

Und innerparteilich? Nachdem Kreisky 1966 gegen den „linken“ Pittermann gearbeitet hat – ist er selbst in den folgenden Jahren an dem „Rechten“ und geldgeilen auf dem SPÖ-Ticket in Position gekommene „Leider-Nein-Millionär“ Androsch gescheitert. Anstatt Androsch mit Hilfe der SPÖ-Basis zu entlarven und so erfolgreich zu bekämpfen, hat er ihn in die CA gehoben. Dann kam das Desaster mit der SPÖ-FPÖ-Regierung Sinowatz-Steger und schließlich Vranitzky.

Sozialpartnerschaft täuscht „Ausgleich“ vor, nutzt den Kapitalisten mehr als den Arbeitenden und entpolitisiert v.a. die Arbeiterschaft.

Kreiskys Vermächtnis

Weil gerade der 50. Jahrestag von Kreiskys 1. Wahlsieg im Jahr 1970 ist. Als politisches **Vermächtnis** hat **Kreisky** selbstkritisch unter anderem festgestellt, dass

- der Kapitalismus nicht am grünen Tisch bekämpft werden kann

- mit Vranitzky der Bankdirektorenflügel in der Partei das Ruder übernommen hat, was den Arbeiter*innen noch schwer und teuer zu stehen kommen wird.

Welcher neoliberalen Geisteshaltung die Nachfolger anhängen, sieht man an Klima und dem aus der „SJ-Linken“ gekommenen Gusenbauer mit seiner „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“. Diese war und ist für die Masse der SPÖ-Mitglieder und Wähler unerreichbar oder sozial tödlich. Für Vranitzky, Klima oder Gusenbauer ein gutes Geschäft.

Faymann wiederum war ein braver Parteisoldat, unterfüttert und abgesichert durch seine Kontakte zur (Wiener) Bau- und Immobilienwirtschaft und war daher auch von der Wirtschaft geduldet. Die Absetzung Faymanns war ein Putsch von oben, keine Rebellion von unten.

Was Kern dann angerichtet hat, ist abenteuerlich: Zuerst „links“ blinken, dann rechts an die Wirtschaft anbieten (Plan A) und somit Kurz eine Steilvorgabe geben, weil der seitdem immer sagt, dass wollte ja die SPÖ auch schon. Und dann, knapp vor dem Wahltag 2017 wieder „links“ blinken. Ergebnis: gleicher Stimmenstand wie bei Faymann 4 Jahre zuvor.

Orbanisierung Österreichs

Die Schwäche der SPÖ wurde so zur Stärke der ÖVP. Und die ÖVP hat das weidlich ausgenutzt und treibt dieses Spiel weiter, zuerst mit der FP, jetzt mit den Grünen: Sozialabbau, Demokratieabbau. Ausbau von

Überwachungsstaat, Angriffe auf Justiz und Rechtsstaat, Mitmachen bei EU-Aufrüstung – PESCO - und Aushöhlung der Neutralität.

Dem Rechtsruck durch ÖVP, FPÖ und insgesamt, aber auch in der SPÖ selbst, muss wirklich und VON UNTEN entgegengetreten werden. Sonst marschiert Kurz mit Hilfe von Industrie, Wirtschaftskammer, Medien und Message-Control zur Absoluten. In der Art eines „demokratischen Absolutismus“ treibt er mit den Grünen als Mehrheitserhalter die Orbanisierung Österreichs voran. Siehe z.B. gerade die Kurz-Corona-Krisen-PR.

Und die SPÖ und die arbeitenden Menschen brauchen demgegenüber keine „roten Türken“ á la Doskozil, sondern rote Rote!



Raus aus der Komfortzone

Otto Bauers „Theorie“ dass man mit 51% im Parlament den Kapitalismus kippen könne und Kreiskys Sicht, dass man durch Koalition die Konservativen und Reaktionäre „zähmen“ könne, führten dazu, dass die SPÖ, um „im Spiel“ zu bleiben, nicht linker, sondern neoliberaler, noch kapitalistischer denkend, also rechter wurde. Mit dem Effekt, dass das Kapital noch mehr Druckmittel hat.

Zwischen Kern und Kurz hat sich die Industrie und ihre Meinungsmache

für Kurz entschieden – mit den bekannten Folgen.

Also: Die Basis fragen? Ja. Solche Fragen? Nein! Wie handeln? Nicht für, sondern gemeinsam mit den Menschen! Taten statt Worte! Die Basis mobilisieren. Aber in diesem ideologischen Vakuum, in dem man es weiterhin vor allem der Wirtschaft recht machen will und darauf hofft, dass diese etwas hergibt, damit wie in der Vergangenheit etwas für die arbeitenden Menschen abfällt, nicht einmal das gibt es mehr.

Alles, was die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen erreicht haben – Gewerkschaften, SPÖ, AK, Sozialgesetze, Sozialversicherung, Betriebsräte, Arbeitszeit, Arbeitsverfassung – alles wurde ERKÄMPFT: Zuerst auf der Straße, im Betrieb und erst dann im Parlament finalisiert.

Das gilt erst recht für die kommenden Veränderungen wie Digitalisierung, 5G usw., welche die Industrie, die Konzerne nur in ihrem Profitinteresse ausgestalten wollen. Überlassen wir ihnen die Ausgestaltung wird es zu noch mehr Krisen und Kriegen kommen: In der Wirtschaft, in der Natur, in der Umwelt, beim Klima, im Gesundheitsbereich, im täglichen Leben. Ohne gemeinsamer, solidarischer Gegenwehr von unten macht das die Menschen noch mehr zu modernen Sklaven der Kapitalisten. Also um unser selbst willen: Raus aus der Komfortzone. **Zurück zum Ursprung – Vorwärts in die Zukunft!**

LESERBRIEF

Veränderung

Den vielen Funktionären, Beamten, Sekretären der SPÖ, die in einer geistigen Entfernung, die teilweise Lichtjahre beträgt, und längst nicht mehr wissen, was die Basis braucht, denkt und fühlt, ist rigoros entgegenzuwirken.

Es kommt nicht selten vor, dass man sich oft den Wünschen der Funktionärsschaft beugt und nicht jenen der Wähler. Es gibt in der sozialdemokratischen Partei führende gut bezahlte Funktionäre, die nur ihre Vorteile und ihr Wohl in den

Vordergrund stellen und nicht die Leistung, solche Mitglieder sind für die SPÖ nicht tragbar.

Die Funktionäre, die in den Jahrzehnten diese Arbeiterpartei unterwandert haben, sind Nährboden für gefährliche rechte Politik in unserem schönen Land. Jetzt gibt eine Frau an der Spitze der SPÖ, die Mut zur Veränderung hat, den sozialdemokratischen Werten, dem Persönlichkeitswahlrecht usw. wieder Zukunft gibt, und schon wird mit Giftpfeilen auf sie geschossen.

Diese Funktionärsschaft aus Tirol, Niederösterreich Wien, dem Burgenland möge doch ihre Funktion zur Verfügung stellen, es wäre sicher der größte Beitrag für die Bewegung. J.H.OÖ

Kinderarmut:

Programm und Wirklichkeit



Regierungsprogramm 2020 – 2024

„Ein besonderes Augenmerk legt die Bundesregierung auf die Bekämpfung von Kinderarmut.“ (Seite 235)

Trotz „Reparatur“ des Familienbonus durch Türkis-Grün bleiben 166.000 Kinder benachteiligt.

Kapitalisten — gibt's die noch?

Nach Meinung des Zentralorgans der Industriellenvereinigung, „Die Presse“ gibt's die nicht mehr, das sei ein altmodischer Begriff, die Welt sei heute vielfältiger.

Die ÖSK-Redaktion ging auf die Suche. Weit war der Weg nicht, und die vielen Kapitalisten, die es gibt, hätten in unserer ehrenamtlich erstellten Zeitung keinen Platz. Im Jahr 2019 betrug die Zahl der Millionäre in Österreich 313.000. Seit dem Jahr 2000 hat sich deren Zahl vervierfacht (Kurier, 21.10.2019) Gerne kann uns das werbe Leser*innenpublikum weitere schillernde Exemplare der angeblich aussterbenden Spezies Kapitalist melden oder gleich eine Kurze Glosse schreiben. Eher nicht? Wir verstehen, 313.000, das ist zu viel Arbeit. Dann vielleicht noch eine kleine Hilfestellung: „Die Anzahl derjenigen mit einem Vermögen von über 100 Millionen stieg hierzulande im letzten Jahr um ein Viertel von 205 auf 258 Erwachsene, die Zahl der Superreichen mit einem Vermögen von über 500 Millionen Dollar stieg um über 50 Prozent von 18 auf 28“. (Kurier, ebenda). Na, wie wär's jetzt?

Nun ja, da gab es jüngst ein paar Fälle, die der „Presse“ auf die Sprünge helfen könnten. Wir haben hier fürs Erste einmal drei Beispiele:



Beispiel 1

Da protzte der ÖVP-Chef der Wirtschaftskammer (WK) Mahrer in seiner Opernball-Loge dass der Preis dafür – 23.600 Euro – ein sparsamer Umgang mit Mitgliedsbeiträgen sei. Das stieß sogar die sonst so neoliberalen NEOS sauer auf. Tatsächlich sind von den 500.000 WK-Mitgliedern rund 350.000 sogenannte Ein-Personen-Unternehmen (EPU), die im Schnitt im Jahr so viel verdienen wie der Herr Mahrer an einem Abend aus Kammergeldern – nicht privat (!) – „sparsam“ ausgibt. Immerhin, Mahrer gibt nicht vor wie weiland die FP-Unsozialministerin Hartinger-Klein, dass man mit 150,- Euro (im Monat wohlgemerkt) sein Auslangen finden könne.

Wenn Mahrer 23.600 Euro als „sparsamen Umgang mit Mitgliedsgeldern“ ver-

steht, erahnt man, was die potenten WK-Mitglieder aus Industrie und Finanzwirtschaft aus der Arbeit „ihrer“ Beschäftigten so herausholen.

Aber um auf die Kapitalisten zurückzukommen. Da hat die „Presse“ schon ein wenig recht, der Herr Mahrer ist ja eher nur ein Bürokrat, produziert ja nichts außer heiße Wortgeschwülste, Hass und Abneigung gegen Arbeiter und Angestellte, die „seinen“ Wirtschaftskammer-Mitgliedern die Kohle heranschaffen. Und nicht einmal die eigenen Mitglieder mögen ihn sonderlich, da braucht es keine Gewerkschaft dazu, wie der Herr Mahrer selbst beklagt. Denn bei den letzten Wirtschaftskammerwahlen Anfang März sind in Wien überhaupt nur 25% der Mitglieder zur Wahl gegangen.

Beispiel 2

In besagter Opernball-Loge weilte auch der Ex-Erste-Bank-Chef Treichl in weinseliger Stimmung. Er bedauerte, dass es in der WK-Loge keinen Sekt gäbe. Wenn man große Sektflaschen sehen wolle, müsse man schon zur Loge der Industriellenvereinigung oder der AK (die hat aber am Opernball gar keine eigene Loge!) gehen. Auch die Damen im Hintergrund beteuerten weinselig kichernd, dass es nur zwei Flaschen Wasser gäbe. Dabei kann man davon ausgehen das hier einige „Flaschen“ beieinander waren. Aber wer weiß? Das Leben eines Ex-Bankers wird ja auch nicht so leicht sein und der Herr Ex-GD nimmt sich weniger Einkommen wirklich zu Herzen.



www.hagerhard.at/echt-rot/2020/02/witzig-leider-nein/

So sagte seine Frau, die frühere Opernball-Organisatorin im Krisenjahr 2008/2009 einmal, dass ihr Mann so betrübt sei, weil er in besagtem Jahr nur zwei statt drei Millionen verdiene. Wer verzichtet schon gerne auf ein Drittel seines Gehalts. Eigentlich verständlich, oder? Sollen doch die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft doch nicht die 35-Stunden-Woche fordern, sondern länger arbeiten. Dann würden sie es doch fre nach WK-Präsident Mahrer zu mehr Einkommen bringen. Und wahrscheinlich sollten die Frauen bis 80 arbeiten, dass sie vielleicht auf die gleiche Pension wie ihre männlichen Kollegen kommen. Das wäre doch ein Ziel, nicht? Denn an die Gagen von Mahrer und schon gar nicht an die von Treichl kommt ein Normalsterblicher

trotz lebenslangem Arbeiten nie und nimmer heran. So schauts aus mit der „Kapitalbildung“.

Beispiel 3

Wahrscheinlich hat der neue von Türkis-Blau zum Gouverneur der Nationalbank (ÖNB) gemachte Robert Holzmann von der FPÖ sich das Opernball-Geklage der beiden Herren Mahrer und Treichl zu Herzen genommen. Denn nur ein paar Tage danach ließ er über das Zentralorgan der Industrie verlauten, dass es in Österreich noch mehr Kapitalisten brauche, damit es uns gut gehe (Die Presse, 29.2.2020). Und der ÖNB-Chef hat angekündigt eine Studie in Auftrag zu geben, die zeigen soll, dass gar nicht wahr ist, dass die Vermögensschere in Österreich so weit auseinander sei. Als Beispiel nannte der gute Herr, dass die Österreicher*innen schließlich Pensionen und Sozialversicherung bekämen. Das müsste man zu deren Gehalt dazuzählen. Super. Wer zahlt denn Pensionen und Sozialversicherung? Genau: Wir, die arbeitenden Menschen selbst. Weshalb sie ja auch nicht reich werden können. Wie schon ein altes Sprichwort sagt: durch Arbeiten wird man nicht reich. Die Herren Treichl, Kapsch und Co, die haben – und das getrauen wir uns ganz ohne Studie zu sagen – ganz sicher ihr Vermögen aus der von Tausenden und Abertausenden Menschen geleisteten und nicht der Wertschöpfung entsprechend bezahlten Arbeit angehäuft. Und vielleicht auch noch etwas geerbt?

Was ist die Moral von der Geschichte? Reich wird unsereins nicht. Die Kapitalisten wollen halt so tun als wären sie eine/r von uns, so wie „Du“ und „Ich“. Gelingt ihnen aber nicht wie man am Opernball gesehen hat. Diese Beispiele zeigen auch ihre absolute Präpotenz und Verachtung den arbeitenden Menschen gegenüber. Die haben Klassenbewusstsein – der miesesten Art.

Wir arbeitenden Menschen haben heutzutage leider kein oder zu wenig Klassenbewusstsein. Das Zentralorgan der Industrie will auch, dass es so bleibt und gar nicht dazu kommt. Wir brauchen es aber für die künftigen Kämpfe. Sonst bleiben wir nicht nur die Ausbeuteten, sondern auch noch zu Selbstausbeuteten. Dann nämlich, wenn es diesen Herren gelingt uns einzureden, dass es der Gipfel des Glücks sei, für sie zu arbeiten oder ein EPU zu sein, das einen Jahresverdienst hat, der dem Preis einer Mahrer-Opernball-Loge entspricht

Eine große Bildungsaufgabe wartet auf ÖGB, AK, SPÖ. Weg von der giftigen „Sozialpartnerschaftsideologie“ – hin zur Herstellung und Organisation dieser Klassenbildung. **Glück Auf!**

AUVA-Zerstörung auf Raten?

Gefahr für Weißen Hof, UKH Lorenz-Böhler – die gesamte AUVA



Betriebsrät*innen und Beschäftigte haben 2018 und 2019 massiv gegen die Zerschlagung der AUVA erfolgreich protestiert. Mit Hilfe der letzten türkis-blaue Regierung die konnte die Unternehmer die Senkung ihres Beitrages zur AUVA durchsetzen. Seither warnen die AUVA-Beschäftigten davor, dass dies nachteilige Folgen für die Patient*innen haben wird.

Nun stellen die schwarzen AUVA-Unternehmer-Chefs sowohl das Rehaszentrum Weißer Hof als auch Teile des Betriebes des UKH Lorenz-Böhler in Wien in Frage. Große Teile des Rehas Weißer Hof sollen zum UKH-Meidling verlagert werden, die "mobile" Reha dort ausgebaut werden. Die von der letzten Regierung durchgeboxten "Einsparungen" sollen offensichtlich auf Kosten der Patientinnen gehen.

AUVA-Zentralbetriebsrat Lenz sagt: „*Faktum ist, dass im Böhler Krankenhaus allgemein anerkannte, hochwertige und unverzichtbare Leistungen für die Versicherten erbracht werden, die man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen kann.*“

Für Lorenz-Böhler-Betriebsrat Heinz Brenner ist es untragbar, dass die Stadt das hervorragende Know-How des UKH (Traumazentrum) angreifen will. Die Beschäftigten sind in diesem Fall zu Kampfmaßnahmen bereit, sie hätten schon 2018 bewiesen, dass sie entschlossen für das UKH Lorenz-Böhler sofort auf die Straße gehen.



Richtig. Aber jetzt passiert viel im Hintergrund Umso mehr ist es wichtig, Beschäftigte und Bevölkerung weiter offensiv aufzuklären. Hoffen auf die Paktfähigkeit von „schwarzen“ ÖVP-Unternehmerfunktionären in Wirtschaftskammer oder AUVA gegenüber türkisen Begehrlichkeiten aus Industrie und Regierung wäre trügerisch. Denn die türkis-grüne Regierung und die ÖVP-Führung in der AUVA wollen die AUVA langsam und womöglich leise aushungern und möglichen Widerstand gegen diese Pläne zuvorkommen. Wie wird die AUVA geschwächt?

- Allein dieses Jahr bedeutet die Senkung der AUVA-Unternehmerbeiträge 150 Millionen weniger für die Arbeit der AUVA. Das ist rund ein Zehntel des jährlichen Gesamtbudgets der AUVA. Einsparen kann die AUVA da praktisch nichts. Denn selbst wenn man den gesamten Verwaltungsbereich einsparen würde, für den 90 Millionen Euro aufwendet werden, geht das nicht.
- Schon jetzt musste die AUVA Rücklagen auflösen, um ihrem Arbeitsauftrag (Prävention, Unfall-

behandlung, Rehabilitation, Unfallrentenauszahlung) nachkommen zu können.

- Indem die Unternehmerbeiträge weiter gekürzt werden sollen
- Indem Kurz immer wieder die „Pflegeversicherung“ der AUVA umhängen will

Dann könnte die AUVA ihren eigentlichen Arbeitsauftrag nicht mehr erfüllen, müsste die AUVA-Unfallversicherung der Arbeiter- und Angestellten wer anderer übernehmen. Angedacht war schon von Türkis-Blau, dass das die Pensionsversicherung (PV) der Arbeiter und Angestellten oder die Krankenkassen der Arbeiter und Angestellten, die ÖGK, übernehmen soll. Schlecht? Ja.

- Das weltweit anerkannte und für alle Unfallopfer für schnelle Heilung so wichtige Know-How der AUVA für Unfallmedizin würde zerstört.
- In PV und ÖGK zahlen hauptsächlich die Arbeiter und Angestellten ein, in die AUVA derzeit fast nur die Unternehmer, weil diese ja die Haftung für ihre Beschäftigten am Arbeitsplatz haben. Über diese Solidarversicherung der Unternehmer, die AUVA, sind sie von dieser Haftung im Anlassfall befreit („Haftungsausschluss“).
- Dieses Privileg der solidarischen Haftungsübernahme wollen die Unternehmer weiter behalten, bezahlen dafür wollen sie aber nicht. Das ist das Ziel von Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und ihrer türkis-grüner Regierung: Geht das durch, sparen sich die Unternehmen Millionen Euro jährlich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten!



<http://prosv.akis.at>

Enteignung von 7,2 Millionen Arbeitern und Angestellten

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat bezüglich der „Kassenfusion“ der neun Gebietskrankenkassen (GKK) zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) der 7,2 Millionen Arbeiter*innen und Angestellten, die Machtübernahme durch die Unternehmervertreter in der ÖGK für rechtens erklärt.

Standen früher im Vorstand der Gebietskrankenkassen 12 Arbeiter- und Angestelltenvertreter*innen 3 Unternehmervertreter*innen gegenüber, steht es nun 6 : 6. Mit den türkisch-schwarzen ÖVP-ÖAAB-Vertreter*innen hat die Wirtschaftsseite die Mehrheit und somit die Macht in der ÖGK.

Die Unternehmenseite kann somit, wenn es ihr passt, alleine darüber entscheiden, was mit den Versichertengeldern der Arbeiter- und Angestellten geschehen soll. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Sozialministerium. Das ist die doppelte Aushebelung der Selbstverwaltung: Erstens die Entmachtung der Arbeiter- und Angestellten und zweitens im Zweifelsfall die Unterstellung direkt unter das Ministerium.

Es herrscht nun Fremdverwaltung statt Selbstverwaltung!

Ein paar bürokratische Wirtschaftskammerer bestimmen nun im Interesse der Unternehmer und der Industrie über die Versichertengelder der 7,2 Millionen Arbeiter*innen und Angestellten.

Ist es mit unserer Verfassung vereinbar, dass 7,2 Millionen Versicherten die Bestimmung über ihr eingezahltes Geld per Gesetz entzogen wird? Dass Unternehmer mehr wert sind als arbeitende Menschen?

Denn den 7,2 Millionen Arbeiter- und Angestelltenversicherten stehen bloß rund 700.000 Selbständige und Bauern gegenüber. Oder: Den 3,3 Millionen AK-Mitgliedern stehen nur

rund 500.000 Wirtschaftskammer-Mitglieder gegenüber. Zudem: In den Versicherungen der Arbeiter- und Angestellten haben sie überhaupt nichts zu suchen.



Denn umgekehrt haben in der Sozialversicherung der Selbständigen (SVS), die ab 1.1.2020 aus der Gewerblichen Versicherung (SVA) und der Bauernversicherung (BVA) zusammengelegt wurde, die Arbeiter- und Angestellten Null Vertretung, Null Einfluss. Die Selbständigen und Bauern verwalten sich selbst, die Versicherten der Angestellten Arbeiter*innen dürfen das per Gesetz nicht. Jetzt auch noch abegeseget durch den VfGH!

Dieses Enteignungsgesetz kann und muss rückgängig gemacht werden!

ÖGB, AK und SPÖ, müssen im Interesse ihre Mitglieder, aller arbeitenden Menschen, alles daransetzen, dies zu erreichen. Im Betrieb und auf der Straße muss Aufklärung und Protest gegen die Enteignung stattfinden! Denn die Menschen wissen noch nicht, was das letztlich bedeutet: z.B. mehr Selbstbehalte, immer weniger Kassenärzte, teurere Wahlärzte, weniger Leistung, mehr Auslagerung von Gesundheitsleistungen hin zu priva-

ten „Gesundheitsanbietern“ usw.

Zusätzlich gehört auch eine Klage wegen Verletzung der Gleichbehandlung eingereicht und auch beim EuGH für Menschenrechte.

Durch das VfGH-Urteil zählen Unternehmerr-Menschen mehr als Arbeiter- und Angestellten-Menschen! Ungeheuerlich!

Wollen sich ÖGB, AK und SPÖ nicht als überflüssig kritisieren lassen, kann es keine Akzeptanz, kein stilles oder murrendes Hinnehmen dieses Enteignungsgesetzes

geben, sondern nur Widerstand nach allen Möglichkeiten.

Wird das geschluckt, kommt der nächste Angriff ganz bestimmt. Schon länger will man die AK und die Betriebsrät*innen als Vertretung der Beschäftigten im Betrieb schwächen: die AK durch Kürzung der Mitgliedsbeiträge, die Betriebsrät*innen durch die Zusammenlegung der Vertretungen von Arbeiter*innen und Angestellten! Das ist türkisches Programm, das Kurz zuerst mit den Blauen und jetzt trotz Koalition mit den Grünen weiter umsetzen will.

Das Enteignungsgesetz muss rückgängig gemacht werden!

NEIN zur ÖGK in Unternehmerhand!

JA zu einer selbstverwalteten sozialen Krankenversicherung in den Händen der Arbeiter*innen und Angestellten!

„Flüchtlingskrise“ Es herrscht Krieg

Seit wieder mehr Bilder von Flüchtenden durch die Medien gehen, wird wieder auf dem Rücken der von Krieg und Krise gebeutelten Menschen und gleichzeitig auf dem Rücken der arbeitenden Menschen hier in Österreich ein böses, zynisches und menschenverachtendes Spiel betrieben.

Nicht die Flüchtenden sind an der Krise schuld, sondern die Kriege und die Not sind die Fluchtursachen. Diejenigen die in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, vor allem in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien seit Jahren Krieg führen um Einfluss, Macht, Rohstoffquellen sind schuld. Allen voran die USA, die mit Saudi-Arabien und Israel den IS-Terror finanzieren und nach der Zerstörung des Irak, Libyens und des Putsches in Ägypten im Zuge des „Arabischen Frühlings“ auch gleich Syrien zu einem „failed state“, also einem „gescheiterten Staat“ machen wollten. So gibt es sowohl für Libyen, Irak oder Syrien im USA-Pentagon bereits Teilungs- und Aufteilungspläne im Interesse der Konzerne.

Diesen Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern gehört das Handwerk gelegt, sie gehören bekämpft, nicht die Flüchtlinge. **Nur wer die Kriegstreiber bekämpft, kann den Krieg beenden und den Flüchtenden die echte Chance auf Rückkehr eröffnen.**

Weil die ursprünglichen US-Kriegspläne in Syrien bislang nicht aufgehen, soll das die ganze Welt zu spüren bekommen. Deshalb wird versucht, alle, die nicht nach der US-Pfeife tanzen, mit der „Flüchtlingskrise“ in Geiselnhaft der US-Kriegspolitik zu nehmen.

In der EU machen einige Staaten militärisch mit, die meisten unterstützen politisch das US-Vorgehen und überall werden die dadurch entstandenen Flüchtlingsströme für Ablenkung von den Kriegstreibern und den Reichen, die davon profitieren, und für rechte Politik missbraucht.

Fluchtursache Krieg

Die Kriege gegen den Irak (Saddam Hussein), Libyen (Gaddafi) oder Syrien (Assad) wurden und werden besonders von den USA und im Namen von „Terrorismusbekämpfung“, „Sicherung von Demokratie und „Menschenrechten“ geführt. Doch die Terroristen, die sie vorgeben zu bekämpfen, haben sie zuvor ermutigt oder sogar selbst aufgebaut und mit Unmengen von Waffen und Milliarden Dollars finanziert (IS/Islamischer Staat).



Alle, die dabei sonst noch mitmischen (z.B. Türkei), geben ebenfalls die „Terroristenbekämpfung“ als Grund an, dort zu sein. Doch alle, außer Russland – das natürlich auch eigene Interessen verfolgt (Militärstützpunkt) und von Assad zur Hilfestellung gerufen wurde, sind in Syrien völkerrechtswidrig im Land. Doch seit Russland, zeitweise mit der Türkei, gemeinsam mit Assads Militär gegen den IS vorgeht und die USA ja eigentlich nichts dagegen haben dürften, weil ja das auch für sie angeblich der Grund ihrer Militärpräsenz in Syrien ist – (z.T. gemeinsam mit den Kurden), ist alles anders.

Für die ausländischen Mächte, die sich in Syrien wie schon zuvor in Afghanistan, im Irak oder Libyen festsetzen wollten, „droht“ der profitable Krieg und die Aussicht, sich dort die Kriegsbeute aufteilen zu können, zu schwinden. Dies würde nämlich das Geschäft und die Pläne

der Militärs, Kriegstreiber und ihre räuberischen regionalen Machtansprüche zum Erliegen bringen. Jegliche Art von längerem Waffenstillstand oder gar Kriegsende und Frieden, würde diese Profitpläne durchkreuzen.

Deshalb wechselte das NATO-Land Türkei wiederum die Fronten und unterstützt nun IS-Terroristen, die zuvor in Idlib konzentriert wurden, gegen Assad. Jedoch nicht das Assad-Militär. Erst die neuerliche Unterstützung und Ermutigung der IS-

Terroristen durch die Türkei und ihres N A T O-Herren USA sowie die Bombardierung der Assad-Truppen, die gegen IS-Terroristen vorgehen, schlägt daher wiederum

Hunderttausende Menschen in die Flucht. Die Türkei erzeugt mit USA-

Unterstützung erst den neuen Flüchtlingsstrom, mit dem sie jetzt neuerlich der EU droht.

In der EU und in Österreich wiederum wird genauso wie es Erdogan für die Türkei tut, auf dem Rücken der Flüchtlinge und der Menschen in der Türkei oder in der EU oder in Österreich übelste Politik gemacht.

Wieder werden nicht die Profiteure, die Reichen, Rüstungskonzerne, Banken und Multis, die für Krieg und Sozialabbau verantwortlich sind, bekämpft, sondern wieder „die Flüchtlinge“ als „Gefahr für den Zusammenhalt und den Sozialstaat“ hingestellt.

Uns arbeitenden Menschen bringt das weder mehr Lohn noch Wohlstand oder Schutz. Das 1,7 Milliarden-Euro-Defizit der „Reform“ der Sozialversicherung, die den vollen Zugriff der Unternehmer auf die jährlich rund 15 Milliarden Euro Versichertengelder der Arbeiter und Angestellten, mehr Selbstbehalte und

weniger Leistungen bedeutet, haben uns ganz alleine Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und die Türkis-Blauen eingebrockt und nicht die Flüchtlinge.

Folgen des Krieges

In Syrien sind über 500.000 Menschen durch den Krieg getötet, und weit über 1 Millionen Menschen verwundet worden. Lebten vor dem Krieg rund 21 Millionen Menschen in Syrien, sind es heute nur mehr rund 16 Millionen. 6 Millionen sind auf der Flucht.

Tatsache ist auch, dass die Nachbarstaaten Syriens Millionen von syrischen Flüchtlingen aufgenommen haben. Die Türkei hat fast 3,7 Millionen, der kleine Libanon 1 Million, Jordanien mit so vielen Einwohnern wie Österreich rund 700.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen.

In die EU mit 500 Millionen Einwohnern, kamen seit 2015 nach Deutschland (81,5 Millionen Einwohner) rund 1,5 Millionen Flüchtlinge, nach Österreich ca. 170.000 Flüchtlinge – allerdings nicht nur aus Syrien, sondern auch aus anderen Ländern wie Afghanistan, wo seit 2001 ebenfalls die USA Krieg führen.

Viele der auch in Österreich angekommenen Flüchtlinge verließen Österreich bereits wieder. So brüstete sich 2016 die damalige Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP, jetzt Landeshauptfrau von NÖ) damit, bereits über 8.000 Flüchtlinge wieder außer Landes gebracht zu haben und bedankte sich dabei bei Heeresminister Doskozil (SPÖ, jetzt Landeshauptmann vom Burgenland) über die tolle Unterstützung, weil er dafür Militärfahr- und Flugzeuge zur Verfügung stellte.

Widerliche Ablenkungsmanöver

Tatsache ist, dass auch die politischen Entscheidungsträger in Österreich ein widerliches Ablenkungsmanöver machen. So spielt Bundeskanzler Kurz, herzlos wie immer, den „harten Mann“, sagt, es gibt „kein Pardon“ für Flüchtlinge. Als ob die vor Krieg und Zerstörung Flüchtenden und nicht die Kriegstreiber für die Zustände verantwortlich seien. Ex-Innen-

minister Kickl verlangt, gleich von der Waffe an Österreichs Gebrauch zu machen und Flüchtende zu erschießen. Bundespräsident Van der Bellen und Vizekanzler Kogler von den Grünen verlangen zwar aus „humanitären Gründen, Frauen und Kinder herauszuholen“, werden aber von VP-Kanzler Kurz und VP-Innenminister Nehammer ignoriert und lassen diese in der Folge ihre menschenverachtende Politik durchziehen.

Die Türken verwirklichen „das Beste“ aus ihren grauslichen türkis-blau-autoritären Gewaltphantasien. Die Grünen dürfen – ach, wie „demokratisch“ die ÖVP-Massage-Controller doch sind – gerade einmal einen Tag lang in Worten „das Beste“ ihrer Welt“ verkünden. Dann ist grüne Funkstille. So schaut sie aus, die Koalition „des Besten aus zwei Welten“: Die einen tun ohne Rücksicht was sie wollen, die anderen dürfen zuschauen und letztlich kuschen. „Schöne neue Welt“ – für Industrielle, Militärs, Rechte und Faschisten. Die „grüne Behübschung“ nehmen sie – noch – in Kauf.

Im Biedermanngewand als Brandstifter unterwegs

In Syrien herrscht Krieg. Ein Krieg der USA und ihrer Terror-Söldner-Armeen gegen Syrien. Die EU und auch Österreich machen dabei direkt oder indirekt mit. Manche wie die NATO-Staaten Frankreich oder Großbritannien beteiligen sich auch direkt. Andere EU-Staaten, auch Österreich, beteiligen sich indirekt über EU-PESCO-Aufrüstung, über NATO oder „NATO-Partnerschaft für den Frieden“.

Alle EU-Staatskanzleien rechtfertigen und propagieren öffentlich diese kriegerische „Politik des Westens und der westlichen Werte“ als unausweichlich. Dadurch beteiligen auch sie sich am Sterben und Flüchten in und aus Syrien.

Österreich zahlt kaum etwas für die UNO-Flüchtlingslager vor Ort, die Kurz ja gebetsmühlenartig als „Alternative“ zu den Flüchtlingswanderungen nach Europa nennt. Dafür wird vor allem medienwirksam Polizei und Militärpersonal sowie Polizei- und Militärgerät an die EU-Außengrenze geschickt. Man will

also trotz aller medialer Beteuerungen gar nicht wirksam helfen, sondern gießt Öl ins Feuer, um sich dann mediengeil als „Feuerwehr“ und „Retter“ inszenieren zu können.

Dabei könnte Österreich hier viel Positives tun. Gerade das per Bundesverfassung immerwährend neutrale Österreich könnte und müsste die Hintergründe des Krieges in Syrien (und anderswo) aufdecken.

Das machen sie aber nicht, das Gegenteil geschieht. Warum? Weil sonst Österreichs Herrschende zugeben müssten,

- dass die EU keine Friedensunion, sondern eine Kriegsunion ist
- dass sie Österreichs Neutralität und die Interessen der Bevölkerung verraten

Gegenüber den Kriegstreibern kuscht man und macht mit. Auf die „kleinen Leute“ aber haut man drauf – auf die Arbeitslosen, Armen, Sozialhilfebezieher oder eben „die Flüchtlinge“ – da markiert man den „starken Mann“.

Kurz, der Laufbursch des deutschen und des davon abhängigen österreichischen Kapitals, will ja gerne wieder vom Milliardär und US-Präsidenten Trump oder von der deutschen Großindustrie empfangen werden. Das bringt aber nur dem Gegelten und seinen Wahlkampf-Milliarden-Sponsoren etwas. Es schadet aber Österreich, seinen Menschen und unserer immerwährenden Neutralität, die 80 bis 90% der Österreicher*innen erhalten sehen wollen!

Die Fluchtursachen bekämpfen kann nicht bedeuten Flüchtende zu erschießen, verhungern, erfrieren oder ertrinken zu lassen!

Die Fluchtursachen bekämpfen heißt: Kriegstreiber, Profiteure und Kapitalisten entschieden zu entlarven und zu bekämpfen.

Nur dann kann der Krieg beendet, den Flüchtenden eine echte Chance auf Rückkehr eröffnet und bei uns Wohlstand, Sozialstaat, Demokratie, Neutralität erhalten und ausgebaut werden.

„Gürtel enger schnallen“ statt Patientenmilliarde

Durch Enteignung und Raub wird aus einem Plus der Gebietskrankenkassen vor der Kassenfusion in Höhe von 111 Millionen Euro ein gewaltiges Minus von 1,7 Milliarden Euro nach der Fusion zur neuen Gesundheitskasse (ÖGK) bis 2024. Die Folgen: Leistungskürzungen für die Versicherten, Entlastungen für die Unternehmer. Auf Kosten der Versicherten im Interesse der Wirtschaft.

Zuerst raubt die Kurz-Strache Regierung das Geld der Versicherten indem sie den Unternehmer- und ÖVP-Vertretern die Mehrheit in den Entscheidungsgremien der Sozialversicherung verschafft. Jetzt, unter Türkis-Grün, wird nichts dagegen getan, wenn der ÖGK-Chef ein Minus von 1,7 Mrd. Euro durch die Kassenfusion bis 2024 und ein "Gürtel enger schnallen" ankündigt. Aus der "Patientenmilliarde" der Türkis-Blauen Unsozialministerin Hartinger-Klein von der FPÖ wird eine fast doppelt so hohe Patientenbelastung. Also mehr Selbstbehalte, weniger Leistungen für die 7,2 Millionen Arbeiter- und Angestelltenversicherten.

Die AK vertritt 3,3 Millionen aktiv Arbeitende und hilft und erreicht Millionen von Pensionisten über den Konsument*innenschutz. Der ÖGB vertritt und erreicht 1,2 Millionen Mitglieder. Die Pensionist*innenverbände vertreten und erreichen rund 2,3 Millionen Menschen, die ja auch weiterhin Krankenversicherung bezahlen und besonders stark von Leistungskürzungen und Selbst-behalten betroffen sind und am wenigsten Einkommen haben. Den Rettungsorganisationen mit ihren Zehn-tausenden freiwilligen Mitarbeiter*innen und noch mehr Spender*innen drohen durch die Kassendefizite finanzielle Probleme oder ihren Patienten*innen bei z.B. Krankentransporten mehr Selbstbehalte.

All die Genannten können und müssen aktiv werden, die Menschen aufklären und ihnen die negativen Folgen der Kassenfusion bewusst machen. Sie können und müssen zum großangelegten Protest und Widerstand dagegen aufrufen und organisieren. Wozu zahlen wir jahrzehntelang Beiträge für AK-, ÖGB, Pensionistenverbände, Rettungsorganisationen, wenn dann, wenn es ernst ist, alles geschluckt und dagegen nichts getan wird?! Raus auf die Straße - zum Parlament, zum Ballhausplatz, zur Industriellenvereinigung, zur Wirtschaftskammer!

**Holen wir uns zurück, was nicht
ihnen gehört!**



Kriegsübung gegen den Osten „DEFENDER 2020“

Im Frühjahr 2020 proben die USA und ihre europäischen Verbündeten die transatlantische Mobilmachung gegen Russland. Mit insgesamt ca. 37.000 Soldaten ist es die größte „Übung“ dieser Art bisher. 20.000 Soldaten kommen aus den USA. Das Manöver findet wieder an der „Ostfront“ statt, d.h. in Polen und dem Baltikum (Estland, Litauen, Lettland). Die Soldaten werden durch Deutschland geschleust, an die Ostflanke der NATO verlegt. Zu den Soldaten kommen zehntausende „Militärfahrzeuge“: Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Lastwagen, Jeeps und Materialcontainer. „Die Übung ist eine Machtdemonstration gegenüber Russland...“ (Neue Zürcher Zeitung, 7.10.2019). Hier wird die militärische Infrastruktur für einen Krieg gegen die Atommacht Russland aufgebaut. Russland ist das größte Rohstofflager der Erde.

Neben den USA werden sich 16 weitere NATO-Mitglieder an dem Manöver beteiligen, darunter auch Deutschland. In einem Krieg der NATO gegen Russland würde Deutschland laut Konzeption der Bundeswehr als „Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung“ dienen.

Österreich hat 2017 den EU-PESCO-Aufrüstungsvertrag unterzeichnet. EU-PESCO arbeitet eng mit der NATO zusammen. Somit rüstet Österreich EU/NATO mit auf. So steht Österreich letztendlich an der Seite von Deutschland/EU/NATO satt neutral zu sein. Das ist Verfassungsbruch, brandgefährlich und bedeutet, dass Österreich wieder bei Kriegen mitmachen soll.

Weil das ist der leidvollen Erfahrung der Österreicher aus zwei Weltkriegen und mit der Neutralität Österreichs nicht vereinbar ist, ja gegen das Verfassungsgesetz der Neutralität verstößt, wird mit der Neutralität im Munde gegen die Neutralität vorgegangen.

Philipp Eder (dzt. Leiter der Abteilung Militärstrategie im Verteidigungsministerium, Berufsheer- und EU-Armeebefürworter) sagt, dass im Ernstfall die Neutralität aufgehoben sei und wir uns militärisch auch wieder anschließen und über unsere Grenzen hinausgehen sollen: „... wir müssen halt wieder einmal über die Neutralität nachdenken, denn wenn wir sagen (...) wirtschaftliche Vernetzung, neuer Cyberbereich, das ist ja alles über Grenzen hinausgehend, warum soll das denn nicht für die Verteidigung auch gelten.“ (ORF, Ö1, Journal Panorama, 22.10.2019).

Nicht Anschluss an die EU-Kriegsunion bzw. die NATO, sondern aktive Neutralitätspolitik bringt uns Sicherheit.

(Text gekürzt, aus: Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg: www.atomgegner.at)

1. Mai 2020

Stand ab 9.00 – Kundgebung um 12.00

1010 Wien, Ring, vor dem Burgtheater

**JA zur NEUTRALITÄT und Sozialstaat
NEIN zur EU- und NATO-Aufrüstung
GEGEN Sozial- und Demokratieabbau**

Wir laden zur aktiven Teilnahme ein.
Anfragen bitte an: oesolkom@gmx.at

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist*innen.

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100% das „Österreichische Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W.Leisch, P.Düringer, H.Schmitz. Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des Vereins.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Mittwoch 15. April 2020, 19.00 Uhr

Diskussionsabend

Orbanisierung Österreichs

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus,
Galerie, 1. Stock

Freitag, 24. April 2020

Weltweiter Klimastreik / Wien

Ort, Zeit und Details folgen zeitnah unter:

<http://proSV.akis.at>

Corona - Fortsetzung von Seite 1

Trotz aller Beteuerungen zum Zusammenhalt, dass wir alle ein „Team Österreich“ bilden sollen, gibt es Trittbrettfahrer, die die Situation der Stunde nutzen: So sagte WIFO-Chef Badelt, es braucht einen „Virenschutz für die Wirtschaft“ (Krone, 14.3.2020). Finanziell kein Problem. Durch die Niedrigzinsen der vergangenen Jahre ersparte sich Österreich „einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag“, so Ulrich Schuh, Leiter des Wirtschaftspolitischen Zentrums (Krone, 14.3.2020).

„Experten“ wie Philosophen oder Zukunftsforscher werden in den Medien bemüht um zu propagieren, dass wir aus der „Coronakrise“ lernen sollen: uns an Homeoffice, Digitalisierung, an solche Situationen wie sie jetzt oder auch bei Blackouts kommen könnten, zu gewöhnen: an Ausgangssperren und Einschränkungen. Die jetzigen Notstandsgesetze á la „Team Österreich“ zur „Wiederauferstehung des Systems“ (Kurz) wären ja auch für die Bewältigung des Klimawandels von Vorteil, ist zu hören. Also „Klimanotstand“ für die Masse der Bevölkerung, aber bei gleichzeitiger prinzipieller Aufrechterhaltung „des Systems“ der Profitwirtschaft, die uns erst in diese Situationen gebracht hat.

Wir sollen das Gesundheit, Umwelt, Klima und Demokratie zerstörende Profitsystem mit seinen Folgen wie Krisen, Konflikten, Überwachungsstaat und Kriegen akzeptieren. Wir sollen an die sich häufenden „Krisen“ des Profitsystem gewöhnt werden, als gäbe es keine Alternative. Man will uns dafür gefügig und vergessen machen, dass ein Gesellschaftssystem nur dann menschlich und sozial ist, wenn es die Menschen vor genau solchen Zuständen schützt. Was wäre mit „Virenschutz“ vor Globalisierung und Kapitaldiktatur, welche Sozialstaat und Demokratie aushöhlen und abschaffen?

Schleichend in den Dauer-Ausnahmezustand?

Wohin die Reise für die Kapitalisten gehen soll, deutet der „Kurier“-Kommentar am 15.3.2020 zu Corona an: „Das Paket der Regierung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist richtig [...] Man geizt nicht mit ein paar Millionen herum, sondern greift tief in die Kassen [...] Zugleich müssen jetzt aber Pleitewellen und Massearbeitslosigkeit verhindert werden [...] Die Regierung sagt es noch nicht: Aber es wird auch keine Steuerreform geben [...] Uns steht eine schwere Wirtschaftskrise bevor [...] So wie zur Zeit der großen Depression 1929. Es wird bald Notverstaatlichungen geben und weitere Milliardenpakete [...] Gut, dass es die Sozialpartner gibt. Das Krisenmanagement klappt. Das wird es weiterhin brauchen.“

Schon lange warnen kritische Ökonomen, Gewerkschafter und Politiker, dass die kapitalistische Profitblase platzt. Jetzt wird von den Herrschenden offensichtlich Corona zum Anlass genommen, eine neue Art des Krieges gegen die Masse der arbeitenden Menschen zu führen: Heranziehung des Volksvermögens zur Profitabsicherung per Ausnahmegesetzen. SPÖ- und ÖGB-Spitzen machen mit. Dagegen soll und darf keine/r protestieren – wegen Ansteckungsgefahr. Gegen Corona zu protestieren oder zu streiken ist auch schwierig.